

Gemeinderat will keinen Leepünt-Saal

DÜBENDORF «Stadtkern gleich Leepünt», findet ein überparteiliches Komitee in Dübendorf. Für die Mehrheit des Gemeinderats stimmt die Gleichung so aber nicht.

Einen Saal für mindestens 600 Zuschauer, einen Wohnanteil von mindestens 50 Prozent, der gemeinnützig sein soll, und Räumlichkeiten für Vereine. Das fordert die Initiative «Stadtkern = Leepünt» in Dübendorf. Dem Gemeinderat gehen diese Vorstellungen offensichtlich zu weit. Er empfiehlt das Begehren

mit 29 zu 7 Stimmen zur Ablehnung und folgt damit der Empfehlung einer Mehrheit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Die Grösse des von den Initianten geforderten Leepünt-Saals erwies sich als Hauptargument gegen die Initiative.

Für die Befürworter der Initiative steht fest, dass die Dübendorfer Vereine im Gemeinderat keine oder eine zu kleine Lobby haben. Sie hoffen nun, dass die Stimmberechtigten das Geschäft anders gewichten als das Parlament. *ml*

«Stadtkern = Leepünt» wird zerpfückt

DÜBENDORF Die Initiative «Stadtkern = Leepünt» erhält vom Gemeinderat keinen Zuspruch. Sie wird den Stimmberechtigten mit 29:7 zur Ablehnung empfohlen. Die Vereinsvertreter bleiben aber optimistisch.

Mit 550 Unterschriften war die Volksinitiative «Stadtkern = Leepünt» eingereicht worden. Im Dübendorfer Parlament wurde sie gestern Montagabend aber zerpfückt. Am Schluss stimmten nur gerade 7 Ratsmitglieder dafür – 29 sprachen sich dagegen aus. Für Andrea Kennel (SP) ein deutliches Zeichen dafür, dass die Vereine im Dübendorfer Gemeinderat über eine ungenügende Lobby verfügen.

Das deutliche Resultat hatte sich bereits im Lauf der Debatte abgezeichnet. Daniel Brühwiller (GLP/GEU) stellte das Geschäft als Vertreter der Mehrheit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) vor.

Vor allem das auch in der Folge noch mehrfach geäusserte Argument, ein Saal für 600 Personen sei überdimensioniert, habe in der GRPK zu reden gegeben. Daneben fordert die Initiative einen Wohnanteil von mindestens 50 Prozent, der gemeinnützig sein soll. Auch weitere Räumlichkeiten für Vereine – und dass das Land nicht verkauft werden darf – sind Ziele der Initiative. Brühwiller gab zu bedenken, bei der Oberen Mühle sei auch ein Saal geplant – für 250 Personen. «Und es wird weitere Räumlichkeiten für Vereine geben.»

Eine Zahl von 600 Zuschauerplätzen entspreche indes nicht den Bedürfnissen der Vereine, glaubt die GRPK-Mehrheit. «Wenn man versucht, es seriös auszuarbeiten, kommt man auf eine Anzahl von fünf bis zehn Veranstaltungen pro Jahr, welche diesen Saal füllen könnten», so Brühwiller. Da stelle sich die Frage, was während des Rests des Jahrs mit dem Raum passiere.

«Zu gross», befand auch Paul Steiner (SVP). «Es fällt ja auch niemandem ein, ein Haus mit drei Stuben zu bauen, nur weil ein paar Mal pro Jahr Verwandte zu Besuch kommen», verglich er.

Gleiche Ziele – andere Ideen

Für die GRPK-Minderheit sprach Tanja Boesch (EVP). Es gehe nicht in erster Linie um einen Saal, sondern um den Stadtkern Leepünt, und dieser müsse attraktiv sein. «Das wünschen sich viele Dübendorferinnen und Dübendorfer» – so habe es eine Umfrage des Verschönerungsvereins Dübendorf (VVD) am letzten Stadtfest ergeben. Boesch zeigte Uster als schlechtes Beispiel einer innerstädtischen Verdichtung auf.

Diesen Vergleich hörte Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

«Niemand baut ein Haus mit einer Stube für 50 Personen, nur weil ein paar Mal im Jahr Verwandte zu Besuch kommen.»

Paul Steiner

nicht gern. Etwas wie das von Boesch genannte Beispiel werde man in Dübendorf nie bauen, versicherte er. Man müsse aber auch fragen, was die Volksinitiative verlange. «Das, was Tanja Boesch verlangt hat, wird vom Stadtrat auch so verfolgt», erklärte er und meinte den attraktiven Stadtkern. Die Initiative ist aus Sicht des Stadtrats so etwas wie ein Knüppel in die Beine, denn er bremst das eigene Vorhaben. «Und sie setzt einen anderen Schwerpunkt, der durchaus auch zur Last werden kann.»

Die CVP fordert auf dem Areal etwas Initiatives – «ein Leuchtturm-Projekt». Wie dieses aussehen soll, dürfte noch eine Weile diskutiert werden. Bruno Fenner (BDP) hielt eine Rückschau auf alles, was auf dem Areal schon einmal hätte entstehen sollen: Vom Hotel über Alterswohnungen bis hin zum Saal oder zur Grünfläche reichten die Ideen aus der Vergangenheit. Vor 20 Jahren habe das Stimmvolk den Bau des Stadtsaals verhindert – «zum Glück», wie Fenner anfügte. Mit der Überbauung des Areals zuwarten will auch die GLP/GEU, wie Thomas Maier erklärte.

Dübendorf hinkt im Vergleich

Andrea Kennel (SP) erklärte, sie spreche vor allem als Vereinsvertreterin. Sie zählte eine Reihe von Veranstaltungen auf, die den Saal füllen könnten – etwa Kon-

zerte des Stadtkors oder der Stadtmusik, Aufführungen des Theaters Einhorn oder auch der Dübi-Award, der im Air Force Center durchgeführt wird.

Sie stellte einen Vergleich mit anderen Gemeinden und deren Mehrzwecksälen an. Fällanden hat mit seinem 8200 Einwohnern beispielsweise einen Saal für 900 Personen. «Neuendorf im Kanton Solothurn hat die eindrücklichste Zahl: 1400 Plätze, und die Gemeinde hat 2000 Einwohner.» Ein Angebot könne auch schlummernde Ideen wecken. Darum werde der Saal öfter gebucht, als es sich jetzt abschätzen lasse. Das letzte Wort gehört nun dem Stimmvolk. Kennel lässt sich vom deutlichen Resultat im Gemeinderat nicht abschrecken. An der Urne erwartet sie einen anderen Ausgang. *Martin Liebrich*

DIE GESCHÄFTE DER PARLAMENTSSITZUNG

- Die GLP/GEU gab eine Fraktionserklärung ab und stellte sich gegen eine zivilaviatische Nutzung des Flugplatzes.
- Hans Baumann (SP) äusserte sich enttäuscht über die Antworten des Stadtrats auf seine Interpellation «Förderung preisgünstigen Wohnraums».
- In der Fragestunde wurden insgesamt acht Fragen gestellt und beantwortet. [zo](#)